I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Arthur Brunhart
Landtagssekretär: Josef Hilti

Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2010

Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Ähnlich wie in den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2010 informiert.

Plenarsitzungen

Der Landtag tagte im Berichtsjahr 2010 an insgesamt 21 Sitzungstagen während rund 172 Stunden und beriet dabei über Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüsse, internationale Übereinkommen etc. (Vorjahr 17 Sitzungstage, ca. 160 Stunden). Nach der Eröffnungssitzung mit Thronrede vom 11. Februar 2010 trat der Landtag zu 8 ordentlichen Arbeitssitzungen zusammen, für welche jeweils bis zu 3 Arbeitstage in Anspruch genommen wurden. Separat behandelt wurde die Totalrevision des Steuergesetzes am 8. Juni 2010. Die erste Arbeitssitzung begann am 16. März 2010, die letzte inklusive formeller Schliessung des Landtags endete am 16. Dezember 2010. Die durchschnittliche Dauer eines Sitzungstages betrug im Berichtsjahr rund 8.2 Stunden. Im Jahr 2010 wurden 163 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt und somit 10 Beschlüsse mehr als im Vorjahr (153). 75 Gesetzesvorlagen wurden vom Landtag im Anschluss an die 2. Lesung erlassen (Vorjahr 54). Zudem behandelte der Landtag 21 Finanzvorlagen und 29 Wahlgeschäfte. Des Weiteren wurden 22 Berichte (z.B. Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht, Stellenplan oder Bericht über die Justizpflege des Landgerichtes und des Obergerichtes) und diverse mündliche Informationen der Regierung zur Kenntnis genommen. Der Landtag hatte sich im Berichtsjahr 28-mal mit aussenpolitischen Vorlagen zu befassen, dazu debattierte er über periodische Standardtraktanden, wie beispielsweise den Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung oder den Landesvoranschlag in der November-Sitzung. Diese beiden Themenkreise, zum einen die Finanzhoheit, zum anderen die Kontrolle der Staatsverwaltung, gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Anlässlich der Behandlung dieser Traktanden werden dem Landtag jeweils die Budgets und Rechenschaftsberichte der Landesinstitute und Landesanstalten zur Kenntnisnahme vorgelegt. Während des Berichtsjahrs wurden 2 Einbürgerungsgesuche (Vorjahr 5) durch den Landtag in Behandlung gezogen und gutgeheissen. Die Landtagsabgeordneten reichten im Berichtsjahr 13 parlamentarische Eingänge (Vorjahr 8), davon 1 Initiative, 4 Petitionen, 4 Postulate und 4 Interpellationen, ein. Die Initiative zielte auf die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) ab. Die Petitionen befassten sich mit der betrieblichen Vorsorge, mit dem gemeinsamen Sorgerecht, mit dem solidarischen Liechtenstein und ganz ähnlich mit dem Titel «Wir wollen solidarisch sein». Die Postulate handelten von der häuslichen Betreuung und Pflege, von der künftigen Raumentwicklung und Zentrumsgestaltung von Schaanwald und Nendeln, der Schulbauten- und Schulraumplanung sowie von der Spitalpolitik. Die Interpellationen schliesslich betrafen den Beitritt Liechtensteins zum IWF und zur Weltbankgruppe, die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen, die Regierungskommunikation und die Verkehrspolitik 2010–2030. Die Beantwortung von Parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen durch die Regierung erfolgte gemäss Geschäftsordnung des Landtags in schriftlicher Form. Im Berichtsjahr stellten die Abgeordneten insgesamt 125 Kleine Anfragen an die Regierung. Dies waren 5 weniger als im Vorjahr (130). Gemäss Geschäftsordnung wurden diese jeweils spätestens am Ende des 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet. Der Landtag tagte im Berichtsjahr 8-mal in nichtöffentlicher Sitzung. Normalerweise findet die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In den nichtöffentlichen Sitzungen werden hauptsächlich vertrauliche Themen diskutiert und behandelt, wie beispielsweise die aktuelle Situation des liechtensteinischen Finanzplatzes, Ämterprüfungen, Personalentscheidungen oder organisatorische Belange, die den Landtag selbst betreffen.

Landesausschuss

Gemäss Verfassung des Fürstentums Liechtenstein besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner Kommissionen während der Zeit zwischen Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Arthur Brunhart mit der Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend und den Abgeordneten Günther Kranz, Peter Hilti und Elmar Kindle trat der Landesausschuss bis zur Wiedereröffnung am 11. Februar 2010 zu 1 Sitzung zusammen.

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen

Landtagskommissionen tagen in nichtöffentlichen Sitzungen. Sie haben vor allem beratende und abklärende Funktion und informieren das Plenum in der Regel schriftlich anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

Aussenpolitische Kommission
Die Aussenpolitische Kommission tagte in 9 Arbeitssitzungen während rund 12 Stunden. Ihr gehörten Landtagspräsident Arthur Brunhart (Vorsitz), die Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend und die Abgeordneten Marlies Amann-Marxer, Harry Quaderer und Albert Frick als Mit-

glieder an. Neben der Vorberatung aussenpolitischer Traktanden des Landtags wurden unter anderem diverse Übereinkommen sowie Beschlüsse des gemeinsamen EWR-Ausschusses behandelt. Zu den Standardtraktanden gehörten die Berichte der Regierung zur aussenpolitischen Lage, die Jahresberichte der einzelnen Delegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU, EWR/EFTA etc.) sowie die Berichte der EFTA und der Europäischen Überwachungsbehörde (ESA). Die Regierung informierte zudem regelmässig über den Finanzplatz Liechtenstein sowie über die Aufgaben und die personellen Anforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik. Der Hauptaugenmerk lag im Jahre 2010 eindeutig auf dem Abschluss der diversen bilateralen Abkommen in Steuerangelegenheiten (TIEA). Weitere Themengebiete im Berichtsjahr waren die Teilnahme Liechtensteins an der EXPO in Shanghai, das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Mitgliedsstaaten des Kooperationsrates der arabischen Golfstaaten, der Besuch der APK in London bei der englischen Steuerbehörde, der Besuch des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags, die 20-jährige Mitgliedschaft Liechtensteins bei den Vereinten Nationen und der damit verbundene Besuch von 3 Mitgliedern der APK in New York, die Indienreise der Aussenministerin, der Verpflichtungskredit zur Klimaanschubfinanzierung, die Beteiligung Liechtensteins an der Kapitalerhöhung der EBWE und die Beteiligung Liechtensteins am EWR-Finanzierungsmechanismus für die Jahre 2009–2014.

Finanzkommission

Die Finanzkommission wurde im Jahr 2010 von den Abgeordneten Günther Kranz (Vorsitz), Diana Hilti, Elmar Kindle, Thomas Vogt und Wendelin Lampert gebildet. In 13 Sitzungen während rund 29 Stunden wurde über finanzrelevante Themen beraten. Die Arbeit der Finanzkommission besteht gemäss Art. 61 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 1997 Nr. 61) in der Prüfung und Begutachtung von Voranschlägen des Staates und der sonstigen Körperschaften, der Anstalten öffentlichen Rechts sowie der staatlichen Betriebe, ausgenommen der Gemeinden. Weiter hat die Finanzkommission sämtliche Vorlagen über Kredite, Bürgschaften, Anleihen des Staates, Kauf und Verkauf von Liegenschaften, die Ausführung von Staatsbauten und die Gewährung von ausserordentlichen Beiträgen und Unterstützungen auf ihre Relevanz und Gesetzesmässigkeit hin zu prüfen. Die Finanzkommission kann vom Landtag ermächtigt werden, an seiner Stelle über die Zustimmung betreffend den Erwerb oder die Veräusserung von Grundstücken zu entscheiden. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden (Landesvoranschlag, Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen, Anlagestrategie der Poolanlagen etc.) gab es im Berichtsjahr insbesondere folgende erwähnenswerte Behandlungsthemen: Sanierungsprojekt Staatshaushalt; Besuch des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags; Gesamtschau und Weiterentwicklung des Gesundheitswesens; Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes; Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes und des Sorgfaltspflichtgesetzes; Anpassung des Faktors (K) zur Festlegung des Mindestfinanzbedarfs für die Finanzausgleichsperiode 2012–2015.

Geschäftsprüfungskommission

Gemäss Art. 63 der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein kommt der Geschäftsprüfungskommission die Aufgabe zu, für den Landtag das Recht der Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung und deren Verwaltungshandeln auszuüben. Die Geschäftsprüfungskommission wird dabei in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt. Die Geschäftsprüfungskommission trat im Berichtsjahr zu insgesamt 11 Sitzungen während rund 46.5 Stunden zusammen. Ihr gehörten die Abgeordneten Christian Batliner (Vorsitz), Markus Batliner, Peter Büchel, Pepo Frick und Gebhard Negele an. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden wie den IT- und Security-Reviews sowie den diversen Berichten der Finanzkontrolle wurden im Berichtsjahr 2010 erstmals zwei Eignerstrategien (Finanzmarktaufsicht Liechtenstein und Hochschule Liechtenstein) gemäss dem Gesetz über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen behandelt. Als herausragende Traktanden des Jahres können die Besuche der Staatswirtschaftlichen- und der Finanzkommission des Kantonsrates St. Gallen sowie der Besuch des Kontrollausschusses des Vorarlberger Landtages bei der Geschäftsprüfungskommission genannt werden. Mit Vertretern der Kommissionen fand jeweils ein Erfahrungs- und Meinungsaustausch zu verschiedenen aktuellen politischen Themen statt. Während des Berichtsjahres stattete die Geschäftsprüfungskommission dem Amt für Soziale Dienste einen Arbeitsbesuch ab. Diese Besuche vor Ort gewähren der Geschäftsprüfungskommission jeweils interessante Einblicke in die Geschäftstätigkeiten und -abläufe der entsprechenden Stellen. Zudem eröffnen diese Besuche den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission die Möglichkeit, spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher erörtern zu können.

Landtagsbüro

Neben Landtagspräsident Arthur Brunhart und Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend gehörten die Fraktionssprecher Peter Hilti (VU), Johannes Kaiser (FBP) sowie der Landtagssekretär Josef Hilti mit beratender Stimme dem Landtagsbüro an. Das Landtagsbüro trat im Berichtsjahr zu 12 Sitzungen während rund 9 Stunden zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnungen für die öffentlichen und nichtöffentlichen Landtagssitzungen. Des Weiteren wurden die folgenden Themen behandelt: Vorgehen bei der Wahl der Leitung der Finanzkontrolle; Festlegung des Landtagsbudgets 2011; Filmprojekt «Landtag»; Jubiläum «150 Jahre Landtag»; Einbindung der dem Landtag zugeordneten Stellen (Datenschutzstelle, Finanzkontrolle und Ombudsperson für Kinder und Jugendliche);

Diverse Besuche Schweizer Kantonsräte und Grossräte (Thurgau, Appenzell u.a.).

Landtagskommissionen – Besondere Kommissionen

Gemäss Geschäftsordnung kann der Landtag bei Bedarf besondere Kommissionen bestellen und einsetzen. Ihre Funktionsdauer endet dabei mit der Erledigung des Auftrags, spätestens jedoch mit Ablauf der Mandatsperiode. Die besonderen Kommissionen bereiten dabei einzelne Gesetze oder andere Geschäfte vor und stellen dem Landtag entsprechend Antrag.

EWR-Kommission
Die EWR-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR-Kommission, Gerold Büchel (Vorsitz), Marlies Amann-Marxer und Renate Wohlwend überprüften in 5 Sitzungen während rund 3.5 Stunden die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. die EU-Richtlinien und -Verordnungen. Die Unterlagen dazu werden jeweils direkt von der Stabsstelle EWR zur Verfügung gestellt. 2010 wurden 347 EU-Rechtsakte (total seit Abkommen 5'958) durch 139 Beschlüsse (total seit Abkommen 2'343) des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in das EWR-Abkommen übernommen (Quelle: Stabsstelle EWR/EEA Coordination Unit).

Kommission zur Reform der Geschäftsordnung
Die Mitglieder der Kommission zur Reform der Geschäftsordnung, Landtagspräsident Arthur Brunhart (Vorsitz), Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend, die Abgeordneten Rainer Gopp, Pepo Frick und Jürgen Beck tagten im Berichtsjahr 7 mal während total rund 13.5 Stunden, um die bestehende Geschäftsordnung des Landtags zu analysieren und konkrete Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten. Der Landtagssekretär ist dabei in beratender Funktion tätig. Ein erster Entwurf konnte den Landtagsmitgliedern zur Stellungnahme zugestellt werden.

Wahlkommission Leitung Finanzkontrolle
Eine Findungskommission (bestehend aus 3 Wirtschaftsprüfern der nahen Region, der Vorsitzende aus Liechtenstein) wurde bestellt, um dem Landtag Vorschläge zur Wahl einer Leitungsperson der Finanzkontrolle zu unterbreiten. Die Findungskommission traf sich im Berichtsjahr zu 6 Sitzungen. Der definitive Vorschlag an den Landtag soll im Laufe des Jahres 2011 erfolgen.

Richterauswahlgremium
Das Richterauswahlgremium mit den Abgeordneten Gisela Biedermann, Johannes Kaiser und Pepo Frick trat im Berichtsjahr zu 12 Sitzungen während rund 56.5 Stunden zusammen, um ihre Aufgabe in diesem Gremium adäquat zu erfüllen. Die vom Richterauswahlgremium dem Landtag in Vorschlag gebrachten Kandidatenvorschläge wurden von diesem allesamt gutgeheissen.

Parlamentarische Delegationen
Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für 4 Jahre. Die Delegationen sind laut Geschäftsordnung angehalten, dem Landtag jährlich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, welcher im Plenum diskutiert wird, zu unterbreiten. Die Berichte sind öffentlich und geben Auskunft über die in den jeweiligen internationalen Gremien geführten Themendebatten. Die Berichte können bei der Regierungskanzlei oder beim Landtagssekretariat bezogen werden. Bezüglich Detailliertheit der folgenden Kurzberichte sei an dieser Stelle auf die ausführlicheren Berichte der jeweiligen Delegationen hingewiesen.

Parlamentarische Versammlung des Europarates
Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend, die Abgeordneten Gebhard Negele (Delegationsleiter), Doris Frommelt und der stellvertretende Abgeordnete Leander Schädler vertraten Liechtenstein im Jahre 2010 bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg. Im Berichtsjahr fanden insgesamt 4 Sessionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg statt (Winter-, Frühjahrs-, Sommer- und Herbstsession), an welchen die liechtensteinische Delegation vertreten war. Ausserhalb dieser Sessionswochen wurden weitere Sitzungen verschiedenster Fachkommissionen des Europarates (z.B. Wirtschaft, Soziales, Kultur) in Strassburg oder an unterschiedlichen Orten im Ausland abgehalten. Die liechtensteinischen Delegierten nahmen vereinzelt auch an diesen Sitzungen teil. Pro Jahr werden die Delegationsmitglieder rund fünf bis sechs Wochen für diese Aufgaben beansprucht. An den Sessionen wurde unter anderem über nachstehende Traktanden debattiert: Massnahmen gegen Menschenhandel; Schutz der Menschenrechte; Erstellung eines europäischen Verhaltenskodexes für Lobbyarbeit; Achtung der Freiheit der Medien; Bekämpfung des Extremismus; Gewährleistung von Opferschutz; Schutz von Informanten; Globale Wirtschaftskrise; Hungersnot in der ehemaligen UdSSR; Seepiraterie – rechtliche Schritte; Biodiversität und Klimawandel; Eigentumsfragen bei Flüchtlingen und Vertriebenen; Lage im Nahen Osten; Urheberrechte im Internetzeitalter. Im November lancierte die liechtensteinische Delegation eine Aktion zur Unterstützung des internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen im Landtagsgebäude.

EWR/EFTA Parlamentarierkomitee
Die Delegation des Liechtensteinischen Parlaments bei den EWR- und EFTA-Parlamentarierkomitees setzte sich im Berichtsjahr 2010 aus den Abgeordneten Harry Quaderer (Delegationsleiter), Albert Frick und den stellver-

tretenden Abgeordneten Helmuth Büchel und Marion Kindle-Kühnis zusammen. Die Hauptaufgaben der EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees sind, sich mit Fragen des EWR bzw. der EFTA auseinanderzusetzen und Stellungnahmen dazu abzugeben. Die Delegation nahm am 22./23. Februar am 96. CMP- und 64. MPS-Meeting in Brüssel teil. Ein wichtiger Diskussionspunkt war das Arbeitspapier des EU-Parlaments zum Thema «EWR-Schweiz: Hindernisse bezüglich der vollen Implementierung des Binnenmarkts», welches seitens der anwesenden EU-Parlamentarier kritisch diskutiert wurde. Das Highlight des Jahres war das 34. JPC-Meeting, welches am 29./30. März in Vaduz stattfand. Es wurden insgesamt drei Beschlüsse verabschiedet: «Jahresbericht 2009 über das Funktionieren des EWR-Vertrages», «Regionale Mitarbeit im EWR: neue Kanäle des Dialogs» sowie «Die Fischereirichtlinie und der EWR». Als Gastredner konnten unter anderem S.D. Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Per Sanderud und Michael Lauber gewonnen werden. Vom 23. bis 25. Juni nahm die Delegation am 97. CMP- und 65. MPS-Meeting sowie am 42. EFTA-Ministertreffen und am 11. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee in Reykjavik teil. Dabei wurden folgende Themen diskutiert: Arktispolitik, EFTA Forum für regionale und lokale Behörden, Europa 2020, Europäischer Wirtschaftswiederaufbauplan und die Drittlandbeziehungen der EFTA-Staaten. Der diesjährige Drittlandbesuch führte die Delegation vom 25. – 29. Oktober nach Tirana und anschliessend nach Belgrad. Zweck der Reise war die Stärkung der Handelsbeziehungen zwischen der EFTA und Albanien sowie zwischen der EFTA und Serbien. Am 22. November nahm die Delegation am 2. EFTA Standing Committee Meeting auf Ministerebene mit Parlamentarierkomitee und Konsultativkomitee in Brüssel teil. Anschliessend folgte das 98. CMP- und 66. MPS-Meeting am 22./23. November in Brüssel und Genf sowie das 43. EFTA-Ministertreffen am 23. November in Genf. Thematisiert wurden unter anderem die Binnenmarktakte sowie das Verhältnis von Handel- und Arbeitsstandards bei Freihandelsverträgen. Hauptthema des EFTA-Ministertreffens war die anschliessende Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung mit Russland, Belarus und Kasachstan betreffend Verhandlungen über den Abschluss eines Freihandelsabkommens. Die EFTA-Staaten verfügen heute über 22 Freihandelsabkommen mit 31 Ländern. Das 35. JPC-Meeting fand am 24./25. November in Strassburg statt. Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse verabschiedet: «Europa 2020: Innovation und der EWR» und «Das Europäische Jahr 2010 gegen Armut und Soziale Diskriminierung». Darin wird die Wichtigkeit der Beschäftigung und des Arbeitsmarkts im Kampf gegen Armut und Soziale Ausgrenzung unterstrichen.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE setzte sich im Berichtsjahr 2010 aus dem Stv. Abgeordneten Hubert Lampert (Delegationsleiter), der Abgeordneten Doris Beck, dem Abgeordneten Werner Kranz und dem stv. Abgeordneten Helmuth Büchel zusammen. Ziel der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist es, die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten zu erleichtern. Ein Gesichtspunkt, der für die Herausforderungen der Demokratie im OSZE-Raum von zentraler Wichtigkeit ist. Die alljährlich stattfindende Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fand vom 18. bis 19. Februar in Wien statt. Neben Sitzungen der drei Ausschüsse fand auch eine Sonderdebatte zur Situation in Afghanistan statt. Die zweite Tagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fand vom 14.–16. Mai in Almaty statt. An diesem zweiten Trans-Asiatischen Parlamentarischen Forum konnten über 100 Parlamentarier aus 35 OSZE Teilnehmerstaaten begrüsst werden. Themen des Forums waren unter anderem: Afghanistan: Bekämpfung des Terrorismus, Aufstrebende Märkte und wachsende Herausforderungen, Menschenhandel, Gleichstellung, Religiöse Toleranz und die Krise in Kirgistan. Die 19. Jahresversammlung der OSZE fand vom 6. bis 10. Juli in Oslo statt. Thema der Tagung war «Rechtsstaatlichkeit: Bekämpfung von Organisierter Kriminalität und Korruption». Neben den Beratungen der Berichte der drei Ausschüsse zum Tagungsthema wurden weitere 35 Beschlüsse zu Themen wie die zukünftigen Prioritäten der OSZE PV, Leistungsfähigkeit und Auswirkungen der OSZE PV, Internationale Verhandlungen betreffend Klimaänderung, Atomsicherheit, Internetkriminalität sowie der Todesstrafe angenommen. Ebenfalls gab es eine Dringlichkeitsdebatte zur Krise in Kirgistan. Als neuen Präsidenten der Versammlung wurde Petros Efthymiou aus Griechenland gewählt. Am Ende der Tagung wurde die «Oslo Deklaration» verabschiedet, welche Empfehlungen und 38 Beschlüsse beinhaltet. Die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fand vom 8. bis 11. Oktober in Palermo statt. An dieser Sitzung wurde «Der Kampf gegen das grenzüberschreitende organisierte Verbrechen und Korruption» erörtert. Die Herbstkonferenz eröffnet den Mitgliedern der Versammlung jeweils die Möglichkeit, mit Fachexperten über spezielle Themen, welche für die OSZE-Staaten von besonderem Interesse sind, zu diskutieren.

Interparlamentarische Union (IPU)

Der liechtensteinischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union gehörten als Mitglieder im Berichtsjahr die Abgeordneten Jürgen Beck (Delegationsleiter), Doris Frommelt als ordentliches Mitglied sowie die stellvertretenden Abgeordneten Marion Kindle-Kühnis und Stefan Wenaweser an. Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr neben diversen Sitzungen der unterschiedlichen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die 122. IPU-Konferenz tagte vom 27. März bis 1. April 2010 in Bangkok, die 123. IPU-Konferenz vom 4. bis 6. Oktober 2010 wie gewohnt in Genf. An beiden war die liechtensteinische Delegation vertreten.

In Bangkok wurde über die folgenden Themengebiete debattiert: Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf den asiatischen Raum; Förderung der Nonproliferation und nuklearen Abrüstung sowie Vertrag über ein vollständiges Verbot von Nuklearversuchen; Schutz der Menschenrechte und Schaffung gerechter Gesellschaften; Kindersterblichkeit und Gesundheit der Mütter; Bessere Unterstützung der von Katastrophen betroffenen Länder. An der Konferenz in Genf wurden die folgenden Themengebiete erörtert: Hilfsaktionen bei Naturkatastrophen im Zuge der Überschwemmungen in Pakistan; Reduzierung von Katastrophenrisiken; Menschenrechte; Management natürlicher Ressourcen bezüglich einer nachhaltigen Entwicklung im Finanz- und Handelssektor; erhöhte Transparenz in Wahlverfahren; das Jahresprogramm 2011 inklusive Budget sowie die Durchführung von entsprechenden Wahlen in diverse IPU-Gremien. Im Rahmen der IPU finden jährlich Präsidentenkonferenzen statt, im Zuge derer Landtagspräsident Arthur Brunhart vom 8. bis 11. Juni in Zypern und vom 19.–21. Juli in Genf weilte. Die 124. IPU-Konferenz findet im Frühjahr 2011 in Panama City statt.

Parlamentarier-Kommission Bodensee

Die Parlamentarier-Kommission Bodensee ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für deren Umsetzung einzusetzen. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Im Berichtsjahr vertraten Landtagspräsident Arthur Brunhart (Delegationsleiter), der Abgeordnete Rainer Gopp und der stellvertretende Abgeordnete Dominik Oehri den liechtensteinischen Landtag in diesem Gremium. Das Land Vorarlberg hatte im Berichtsjahr den Vorsitz inne. Die Frühjahrstagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee fand am 26. März 2010 in Bregenz statt. Schwerpunkt der Tagung war die Energieeffizienz, im Zuge derer die Themen «Energiezukunft Vorarlberg – Energieautonomie als langfristiges strategisches Ziel» und «Erläuterungen der Unternehmensstrategie sowie Vorstellung des Projekts Vlotte» abgehandelt wurden. Die Herbsttagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee fand am 22. Oktober 2010 in Götzis statt. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand dabei die demografische Entwicklung im Raum Bodensee und die damit verbundenen Herausforderungen. In Folge der Hauptthematik wurden die beiden folgenden Themen diskutiert: «Demenz: medizinische und psychologische Aspekte – aktueller Stand und Ausblick» sowie «Vernetzung konkret – das Haus der Generationen als eine Möglichkeit sozialpolitischer Verantwortung». Am 18. Juni war Arthur Brunhart beim Präsidententreffen in Bregenz vertreten. Das Treffen behandelte Themen rund um die Architektur. Der Kanton St. Gallen wird im Jahr 2011 den Vorsitz innehaben.

Landtagssekretariat

Obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde, nahm das Landtagssekretariat seinen Betrieb erst im Jahre 1990 auf. Somit existiert auch erst seit diesem Zeitpunkt ein eigentlicher Parlamentsdienst in Liechtenstein. Heute besteht das Landtagssekretariat aus dem Landtagssekretär Josef Hilti, seinem Stellvertreter Philipp Pfeiffer, drei Vollzeitangestellten und drei Teilzeit-Mitarbeiterinnen. Der Landtagssekretär und sein Stellvertreter werden vom Landtag bestellt. Der Aufgabenbereich des Sekretariats ist in der Geschäftsordnung für den Landtag, LGBl. 1997 Nr. 61, Art. 15 und 16 umschrieben. Er sieht insbesondere die Protokollierung der Landtagsdebatten, der Kommissions- und Delegationssitzungen sowie die Erstellung der Landtagsbeschlüsse vor. Zudem ist das Landtagssekretariat die offizielle Anlaufstelle des Landtags für andere Parlamente und internationale Organisationen. Der Arbeitsanfall ist seit Bestehen des Landtagssekretariats insbesondere aufgrund der generell verstärkten Internationalisierung der Parlamentsarbeiten stark angewachsen. Das Landtagssekretariat verfügt derzeit zur Arbeits- und Aufgabenbewältigung über 6.60 Stellen. Die Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) sowie Broschüren zum Landtagsgebäude können kostenlos beim Landtagssekretariat angefordert werden. Interessierte haben zudem die Möglichkeit, weitere Informationen auf der Homepage des Landtags (www.landtag.li) einzusehen.

Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2010

Eröffnungssitzung vom 11. Februar 2010

– Thronrede S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
– S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
– Ansprache der Alterspräsidentin Doris Frommelt
– Wahl des Landtagspräsidenten
  Abg. Arthur Brunhart
– Wahl der Landtagsvizepräsidentin
  Abg. Renate Wohlwend
– Wahl der Schriftführer
  Abg. Gerold Büchel
  Abg. Thomas Vogt
– Wahl der Aussenpolitischen Kommission
  Landtagspräsident Arthur Brunhart, Vorsitz
  Abg. Marlies Amann-Marxer
  Abg. Albert Frick
  Abg. Harry Quaderer
  Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend
– Wahl der Finanzkommission
  Abg. Günther Kranz, Vorsitz
  Abg. Diana Hilti
  Abg. Elmar Kindle
  Abg. Wendelin Lampert

Abg. Thomas Vogt
– Wahl der Geschäftsprüfungskommission
Abg. Christian Batliner, Vorsitz
Abg. Manfred Batliner
Abg. Peter Büchel
Abg. Pepo Frick
Abg. Gebhard Negele

Öffentliche Landtagssitzung vom 16. / 17. März 2010
– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 16./17. März 2010
– Protokoll der öffentlichen Landtagssitzung vom 18./19./20. November 2009
Das Protokoll wird genehmigt.
– Protokoll der öffentlichen Landtagssitzung vom 16./17. Dezember 2009
Das Protokoll wird genehmigt.
– Protokoll der Eröffnungssitzung des Landtages vom 11. Februar 2010
Das Protokoll wird genehmigt.
– Interpellation betreffend die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen vom 19. Februar 2010
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Wahl von zwei Ad-hoc-Richtern für den Obersten Gerichtshof
Ad-hoc-Richter: Dr. Robert Braunias, Thomas-Riss-Weg 7, 6020 Innsbruck; Dr. Helmuth Neudorfer, Schanzweg 4c, 6800 Feldkirch.
– Wahl der Medienkommission
Präsident: Helmuth Müssner, Baumschulweg 8, 9485 Nendeln; Vize-Präsident: Dr. Tino Quaderer, Speckibünt 3, 9494 Schaan; Mitglieder: Joachim Batliner, Dorfstrasse 70, 9495 Triesen, Peter Kindle, St. Wolfgangstrasse 15 A, 9495 Triesen, Marcel Ritter, Peter-Kaiser-Strasse 73, 9493 Mauren; Ersatzmitglieder: Heinz Beck, Landstrasse 49, 9490 Vaduz, Vera Oehri-Kindle, Dr. Josef-Hoop-Strasse 24, 9492 Eschen.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (IX/2009); Nr. 8/2010)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitung) wird als dringlich erklärt.
– Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die gemeinsame Durchführung des Europäischen Olympischen Winter-Jugendfestivals 2015 (EYOF) in Vorarlberg und Liechtenstein (Nr. 4/2010)
Der Verpflichtungskredit wird genehmigt.
– Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes sowie Anpassung der Verfassung und des Volksrechtegesetzes (Nr. 121/2008); [1. Lesung: 21. November 2008] Stellungnahme der Regierung (Nr. 7/2010); 2. Lesung
Der Anpassung der Verfassung wird keine Zustimmung erteilt. Das Finanzhaushaltsgesetz sowie das Volksrechtegesetz werden keiner weiteren Behandlung unterzogen.
– Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
  – Stand der Gründungen und Löschungen von Gesellschaften
– Anfragen des Abg. Gerold Büchel:
  –Schweizer Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule
  – Bildungspolitik
  – Räumlichkeiten der Berufsmittelschule
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Miet- und Pachtgesetz
  – Lohngleichheit
  – Teilzeitstellen
  – Asylgesetz
  – Mobilfunkversorgung im Liechtensteiner Alpengebiet
  – Kosten für den Steuerzahler der Abstimmungskampagne der Regierung am Beispiel der «Ja-Kampagne Industriezubringer Schaan»
– Anfrage des Abg. Peter Hilti:
  – BMS im Tagesbetrieb
– Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
  – Totalrevision des Schiedsverfahrens
– Anfrage des Abg. Albert Frick:
  – Schulleitung
– Anfragen des Abg. Manfred Batliner:
  – Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung
  – Betriebskontrollen in liechtensteinischen Unternehmen durch ausländische Behörden
– Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  – Verwaltungsbeschwerde gegen den Gemeinderatsentscheid der Gemeinde Vaduz
  – Finanzmarktaufsicht
– Anfrage des Stv. Abg. Stefan Wenaweser:
  – DBA mit Hongkong
– Anfrage des Abg. Günther Kranz:
  – Pensionsversicherung für das Staatspersonal
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Tarifverhandlungen im Gesundheitswesen
  – anonymisierte Publikation der Umsatztabelle pro Leistungserbringer
– Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes sowie Anpassung der Verfassung und des Volksrechtegesetzes (Nr. 121/2008); [1. Lesung: 21. November 2008] Stellungnahme der Regierung (Nr. 7/2010); 2. Lesung
Der Anpassung der Verfassung wird keine Zustimmung erteilt. Das Finanzhaushaltsgesetz sowie das Volksrechtegesetz werden keiner weiteren Behandlung unterzogen.
– Schaffung des Rechts der Sachwalterschaft (Nr. 70/2009); [1. Lesung: 22. Oktober 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 10/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Teilrevision des Gesetzes vom 25. November 2004 über das Hochschulwesen (Hochschulgesetz; HSG), (Nr. 72/2009); [1. Lesung: 23. Oktober 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 6/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Umsetzung der Richtlinie 2007/36/EG vom 11. Juli

2007 über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften und der Richtlinie 2007/63/EG vom 13. November 2007 zur Änderung der Richtlinien 78/855/EWG und 82/891/EWG des Rates hinsichtlich des Erfordernisses der Erstellung eines Berichtes durch einen unabhängigen Sachverständigen anlässlich der Verschmelzung oder der Spaltung von Aktiengesellschaften), (Nr. 105/2009); [1. Lesung: 16. Dezember 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 11/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Strafgesetzbuches (Nr.115/2009); [1. Lesung: 16. Dezember 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 12/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abschaffung von Kindersubventionen nach dem Wohnbauförderungsgesetz sowie Abschaffung von Subventionen für Elektrofahrzeuge nach dem Subventionsgesetz (Nr. 108/2009); [1. Lesung: 17. Dezember 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 5/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Revision des Gesetzes über die elektronische Kommunikation (KomG-Revision 2009), (Nr. 110/2009); [1. Lesung: 17. Dezember 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 9/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Mitgliedstaaten des Kooperationsrates der Arabischen Golfstaaten (GCC) vom 22. Juni 2009 (Nr. 2/2010)
Dem Freihandelsabkommen wird die Zustimmung erteilt.
– Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag, LGBl. 2009 Nr. 306
Die Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag werden zur Kenntnis genommen.
– Schaffung eines Geldspielgesetzes (GSG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb; Fernabsatzgesetz; Strafgesetzbuch; Steuergesetz; Gewerbegesetz; Konsumentenschutzgesetz; Sorgfaltspflichtgesetz (Nr. 3/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 21. / 22. / 23. April 2010

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 21./22./23. April 2010
– Ergebnis der Volksabstimmung vom 12./14. März 2010 über das Referendumsbegehren «Industriezubringer Schaan»
Das Ergebnis wird zur Kenntnis genommen.
– Bericht und Antrag der Regierung betreffend die Motion zur kostenlosen Abgabe von LBA-Jahresabonnementen für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I (Pflichtschulbereich) mit Wohnort in Liechtenstein (Nr. 16/2010)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und die Motion vom 23.11.2009 abgeschrieben.
– Interpellationsbeantwortung betreffend die Gleichstellung von liechtensteinischen Leistungserbringern in Gesundheitsberufen mit ihren schweizerischen Berufskollegen in punkto Werbung und Empfehlung (Nr. 22/2010)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
– Interpellationsbeantwortung betreffend den aktuellen Stand der «Marke Liechtenstein» (Nr. 35/2010)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
– Initiative zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) der Abgeordneten Wendelin Lampert, Renate Wohlwend, Johannes Kaiser, Rainer Gopp, Doris Frommelt, Gerold Büchel, Albert Frick, Manfred Batliner, Peter Lampert und Elmar Kindle vom 29. März 2010
Die Initiative wird in 1. Lesung beraten und an die Regierung überwiesen.
– Anfragen der Abg. Marlies Amann-Marxer:
  – Steuerabzüge für liechtensteinische Grenzgänger
  – Bahn 2030
– Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
  – Bedarfsplanung für Spitzenmedizin und Apparate
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  – Senioren und Führerschein
  – Spitalstrategie
– Anfrage des Abg. Günther Kranz:
  – Ausschreibung und Vergabe des Linienbus-Verkehrs
– Anfragen des Abg. Peter Lampert:
  – Ausschreibung der Postautodienste
  – Steuerabkommen mit Uruguay
  – Steuerabkommen mit Deutschland
  – Fortsetzung des Liechtenstein-Dialogs
  – Projekt «Futuro»
  – Liechtenstein-Pavillon in Vaduz
– Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  – Streichung der Regierung von über CHF 80'000 an die Pfadfinder Liechtensteins
  – Staatsbeitrag an die Verfilmung des Kriminellen Heinrich Kieber
– Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
  – Förderbeiträge
– Anfrage des Abg. Christian Batliner:
  – Diskriminierung liechtensteinischer gemeinnütziger Strukturen durch das Vereinigte Königreich
– Anfrage des Abg. Albert Frick:
  – Bildungswesen
– Anfragen der Stv. Abg. Helen Konzett Bargetze:
  – Amnestie für inländische Steuerpflichtige
  – Geldspielgesetz

  - Sitzverteilung in der Gleichstellungskommission
  - Informationsbehinderung um Mobilfunk-Datenblätter
  - Asylverfahren
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  - Einkommen der Ärzte
- Initiative zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) der Abgeordneten Wendelin Lampert, Renate Wohlwend, Johannes Kaiser, Rainer Gopp, Doris Frommelt, Gerold Büchel, Albert Frick, Manfred Batliner, Peter Lampert und Elmar Kindle vom 29. März 2010 (Fortsetzung)
  Die Initiative wird in 1. Lesung beraten und an die Regierung überwiesen.
- Wahl eines Stellvertreters des Präsidenten der Regelungskommission für die restliche Mandatsperiode
- Stellvertreter: Dr.iur. Wilhelm Ungerank, Badäl 225, 9487 Gamprin.
- Abänderung des Finanzbeschlusses zur Mitfinanzierung des Betriebes der grenzüberschreitenden Linie 70 des Verkehrsverbundes Vorarlberg für die Jahre 2009 und 2010 (Nr. 24/2010)
  Die Abänderung des Finanzbeschlusses wird genehmigt.
- Verkehrsdienstebericht 2010 (Nr. 33/2010)
  Dem Verkehrsdienstebericht wird die Zustimmung erteilt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (X/2009), (Nr. 25/2010)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (I/2010), (Nr. 26/2010)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
- Jahresbericht 2009 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2009 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2009 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2009 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2009 der Delegation bei der Parlamentarier-Kommission Bodensee
  Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Albanien vom 17. Dezember 2009 (Nr. 13/2010)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Serbien vom 17. Dezember 2009 (Nr. 14/2010)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- 15 Jahre Mitgliedschaft des Fürstentums Liechtenstein im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), (Nr. 17/2010)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abkommen vom 10. November 2009 über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Königreichs Belgien (Nr. 18/2010)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abkommen vom 10. November 2009 über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Königreichs der Niederlande (Nr. 19/2010)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abkommen vom 22. September 2009 über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Republik Frankreich (Nr. 20/2010)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abkommen vom 13. Oktober 2009 über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung Irlands (Nr. 21/2010)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abkommen vom 2. September 2009 über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland (Nr. 27/2010)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abkommen über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Fürstentums Andorra, der Regierung des Fürstentums Monaco, der Regierung von St. Vincent und den Grenadinen, der Regierung von Antigua und Barbuda und der Regierung von St. Kitts und Nevis (Nr. 28/2010)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Übereinkommen vom 11. August 2009 über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland, die Vereinbarung vom 11. August 2009 der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und Her Majesty's Revenue and Customs betreffend die Kooperation in Steuersachen sowie das Gesetz über die Steueramtshilfe mit dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland (Nr. 30/2010)
  Dem Übereinkommen wird zugestimmt. Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beschluss Nr. 157/2009 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 zur Ände-

rung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates im Hinblick auf bestimmte Angabepflichten mittlerer Gesellschaften sowie die Pflicht zur Erstellung eines konsolidierten Abschlusses), (Nr. 34/2010)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Schaffung eines Gesetzes über die Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (Nr. 15/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk (LRFG) und des Mediengesetzes (MedienG), (Nr. 23/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Schaffung eines Gesetzes über die Durchführung der internationalen Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz; SteAHG), (Nr. 29/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Schaffung eines Tierschutzgesetzes, Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden und Abänderung der Strafprozessordnung (Nr. 31/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Schaffung eines Tierschutzgesetzes, Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden und Abänderung der Strafprozessordnung (Nr. 31/2010); 1. Lesung (Fortsetzung)
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gesetzes über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien (Energieeffizienzgesetz; EEG), (Nr. 32/2010); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 26. Mai 2010
– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 26. Mai 2010
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 16./17. März 2010
Das Protokoll wird genehmigt.
– Geschäftsbericht 2009 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF), (Programm Radio Liechtenstein), (Nr. 40/2010)
Der Geschäftsbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2009 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 43/2010)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2009 werden zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht und Jahresrechnung 2009 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 44/2010)
Der Jahresbericht und die Jahresrechnung 2009 werden zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht und Finanzbericht 2009 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 45/2010)
Der Geschäftsbericht und der Finanzbericht 2009 werden zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2009 der Liechtenstein Bus Anstalt (Nr. 46/2010)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2009 werden zur Kenntnis genommen.
– Interpellationsbeantwortung betreffend die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen (Nr. 42/2010)
Die Interpellationsbeanwortung wird zur Kenntnis genommen.
– Wahl der Datenschutzkommission für die Mandatsperiode 2010 bis 2014
Vorsitz: Mirjam Amann, Pradafant 17, 9490 Vaduz; Stellvertreter der Vorsitzenden: Peter Marxer, Oberbühl 6, 9487 Gamprin; Mitglied: Lic.iur. Patrick A. Brunhart, Fanalwegle 6, 9494 Schaan; Ersatzmitglieder: Roland Banzer, Im Pardiel 30, 9494 Schaan; Jürgen Schädler, Schulstrasse 22, 9485 Nendeln.
– Wahl von zwei Ad-hoc-Richtern in Zusammenhang mit mehreren Beschwerdeverfahren vor dem Staatsgerichtshof
Ad-hoc-Richter: Dr. Michael Ritter, Im Mühleholz 1, 9490 Vaduz; Dr. Helmuth Schwärzler, Feldkircherstrasse 15, 9494 Schaan.
– Verpflichtungskredit für die Durchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten «300 Jahre Liechtensteiner Oberland 2012» (Nr. 37/2010)
Der Verpflichtungskredit wird genehmigt.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (II/2010) (Nr. 47/2010)
Die Nachtragskredite werden genehmigt.
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  – Aufgang bei der Post in Vaduz
  – Update über das Gesellschaftswesen betreffend Löschungen und Neugründungen
– Anfragen des Abg. Albert Frick:
  – Schulstandort Realschule und Sportschule Schaan
  – Pfadfinderschaft Liechtenstein
– Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  – INES-Steuerprogramm
– Anfrage des Abg. Werner Kranz:
  – Aktualität von liechtensteinischen Gesetzesvorschriften auf der Gesetzesdatenbank «LILEX»
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Eltern-Kind-Forum
  – Pensionsversicherung für das Staatspersonal
  – externe Kosten für Presse- und Kommunikationsarbeit des Landes
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – effiziente Durchführung von Wirtschaftlichkeits-, Zweckmässigkeits- und Wirksamkeitsverfahren
  – finanzielle Lage der staatlichen Pensionsversicherung
– Entschädigung des Präsidenten der Landesgrundverkehrskommission (Schreiben der Regierung vom 13. April 2010, RA 2010/852-1778)
Die Entschädigung des Präsidenten der Landesgrundverkehrskommission wird genehmigt.
– Geschäftsbericht 2009 der der Alters- und Hinterlassenenversicherung, Invalidenversicherung und Familienausgleichskasse des Fürstentums Liechtenstein (Nr. 41/2010)

Der Geschäftsbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.

– Geschäftsbericht 2009 der Liechtensteinischen Landesbank Aktiengesellschaft (Nr. 50/2010)
  Der Geschäftsbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.
– Totalrevision des schiedsrichterlichen Verfahrens (Teilrevision der Zivilprozessordnung sowie Abänderung der Jurisdiktionsnorm und des Unfallversicherungsgesetzes), (Nr. 151/2008); [1. Lesung: 12. Dezember 2008]
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Aussengrenzfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 und die Genehmigung eines Verpflichtungskredites (Nr. 36/2010)
  Der Vereinbarung sowie dem Verpflichtungskredit wird die Zustimmung erteilt.
– Gesamtschau und Weiterentwicklung des liechtensteinischen Gesundheitswesens (Nr. 51/2010)
  Die Gesamtschau und Weiterentwicklung des liechtensteinischen Gesundheitswesens wird zur Kenntnis genommen.
– Einbürgerung von Frau Daniela Gredig, Landstrasse 90, 9491 Ruggell
  Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
– Einbürgerung von Frau Christine Ilga Oehri, Spiegelstrasse 59, 9491 Ruggell
  Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
– Abänderung des Zahlungsdienstegesetzes (ZDG), (Nr. 39/2010); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Mehrwertsteuer (Steuersatzerhöhung auf 8%, 3.8%, 2.5%), (Nr. 49/2010); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung zur Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von juristischen Personen (Nr. 52/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 8. Juni 2010

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 8. Juni 2010
– Totalrevision des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz, SteG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 48/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

Öffentliche Landtagssitzung vom 29. / 30. Juni / 1. Juli 2010

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 29./30. Juni / 1. Juli 2010
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 21./22./23. April 2010
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Initiative betreffend die Abänderung des Gemeindegesetzes der Abgeordneten Christian Batliner, Wendelin Lampert, Doris Frommelt, Elmar Kindle, Rainer Gopp, Manfred Batliner, Renate Wohlwend, Johannes Kaiser und Albert Frick vom 28. September 2009; 2. Lesung
  Die Initiative wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Postulat über die Schulbauten- und Schulraumplanung der Abgeordneten Gerold Büchel, Johannes Kaiser, Albert Frick, Peter Lampert, Wendelin Lampert, Christian Batliner, Manfred Batliner und Elmar Kindle vom 2. Juni 2010
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
– Interpellation betreffend die Verkehrspolitik 2010–2030 der Abgeordneten Peter Hilti, Gisela Biedermann, Peter Büchel, Gebhard Negele, Doris Beck, Arthur Brunhart, Günther Kranz, Werner Kranz, Marlies Amann-Marxer und Thomas Vogt vom 7. Juni 2010
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Wahl eines Richters des Verwaltungsgerichtshofes für den Rest der fünfjährigen Amtsperiode (13.10.2009 – 12.10.2014)
– Richter: Lic.iur. HSG Adrian Rufener, Schlosshaldenstrasse 24, CH-9300 Wittenbach.
– Wahl eines Richters und eines Ersatzrichters des Verwaltungsgerichtshofes für die fünfjährige Amtsperiode (13.10.2010 – 12.10.2015)
  Richter: Lic.iur. et Lic.oec. Andreas Batliner, Kriesebrogg 6, 9488 Schellenberg; Ersatzrichter: Lic.iur. LL.M. Christoph Büchel, Feldstrasse 11, 9490 Vaduz.
– Wahl eines Landrichters
  Landrichter: Dr. Dietmar Baur, Schwefelstrasse 33, 9490 Vaduz.
– Wahl eines Ad-hoc-Richters des Landgerichts für die Zeit vom 1. August 2010 bis 31. Dezember 2010
  Ad-hoc-Richter: Dr. Josef Fussenegger, Steinstrasse 16A, A-6845 Hohenems.
– Wahl eines Senatsvorsitzenden des Obergerichtes
  Senatsvorsitzender: Lic.iur. Uwe Öhri, Rosenstrasse 54, 9493 Mauren.
– Wahl einer unabhängigen Findungskommission zur Bestellung der Leitungsperson der Finanzkontrolle
  Vorsitz: Carl Schädler, Gschind 723, 9497 Triesenberg; Mitglieder: Lic.oec.pupl. Martin Billeter, Püntenstrasse 16, CH-8932 Mettmenstetten; Dr.rer.soc.oec. Herbert Schmalhardt, Alberlochstrasse 17a/22, A-6911 Lochau.

– Bericht von Landtag, Regierung und Gerichte 2009 (Nr. 38/2010)
  Der Bericht von Landtag, Regierung und Gerichten 2009 wird genehmigt. Der Regierung und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Landesverwaltung wird der Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen
– Genehmigung der Landesrechnung für das Jahr 2009 (Nr. 63/2010)
  Die Landesrechnung 2009 wird genehmigt. Dem Finanzbeschluss über die Zuweisung des Ertragsüberschusses von CHF 59'167'278 an die Übrigen Eigenmitteln wird zugestimmt
– Anfragen der Stv. Abg. Helen Konzett Bargetze:
  – Ortsplanung Mauren
  – Mobilfunk-Antenne beim Tunnelportal Steg und Polycom-Mast Kulm
  – Schulreform – wie weiter? – und Umbau Realschule Balzers
  – Kommunikationsarbeit zum Finanzplatz
– Anfragen des Abg. Rainer Gopp:
  – MRI am Landesspital
  – Liechtensteiner Skiverband
– Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
  – Landesspital
– Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  – Webpage der Regierung
– Anfragen des Abg. Peter Lampert:
  – Wirtschaftspolitik
  – Wahl eines leitenden Landesangestellten in den Verwaltungsrat der Medienhaus AG
– Anfragen des Abg. Gerold Büchel:
  – «ausgewogen 2015»
  – Führerausweis bei grenzüberschreitender Tätigkeit
– Anfrage der Abg. Diana Hilti:
  – «E-Government»
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Tarifverhandlungen im Gesundheitswesen
  – Staatliche Pensionsversicherung
– Anfrage des Abg. Manfred Batliner:
  – Arbeitslosenversicherungsgesetz
– Massnahmenpaket zur Sanierung des Landeshaushalts (Nr. 73/2010)
  Den Anträgen der Regierung wird zugestimmt.
– Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2011 (Nr. 75/2010)
  Der Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2011 wird auf CHF 54 Mio. festgelegt.
– Geschäftsbericht 2009 (Jahresbericht und Jahresrechnung) der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (Nr. 57/2010)
  Der Geschäftsbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.
– Tätigkeitsbericht 2009 der Datenschutzstelle des Fürstentums Liechtenstein
  Der Tätigkeitsbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2009 des Liechtensteinischen Landesspitals (Nr. 65/2010)
  Der Jahresbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.
– Bericht über die Justizpflege 2009 der Gerichte (Nr. 80/2010)
  Der Bericht über die Justizpflege 2009 der Gerichte wird zur Kenntnis genommen.
– Schaffung eines Geldspielgesetzes (GSG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb; Fernabsatzgesetz; Strafgesetzbuch; Steuergesetz; Gewerbegesetz; Konsumentenschutzgesetz; Sorgfaltspflichtgesetz (Nr. 3/2010); [1. Lesung: 17. März 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 77/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes über die Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (Nr. 15/2010); [1. Lesung: 22. April 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 76/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk (LRFG) und des Mediengesetzes (MedienG), (Nr. 23/2010); [1. Lesung: 22. April 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 69/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes über die Durchführung der internationalen Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz; SteAHG), (Nr. 29/2010); [1. Lesung: 22. April 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 71/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Übereinkommen vom 11. August 2009 über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland, die Vereinbarung vom 11. August 2009 der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und Her Majesty's Revenue and Customs betreffend die Kooperation in Steuersachen sowie das Gesetz über die Steueramtshilfe mit dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland (Nr. 30/2010); [1. Lesung: 22. April 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 72/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen bzw. registrierten Human- und Tierarzneimitteln in Liechtenstein (Nr. 54/2010)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 11/2010 sowie Beschluss Nr. 29/2010 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2008/57/

EG über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems und Richtlinie 2008/110/EG über Eisenbahnsicherheit), (Nr. 55/2010)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 55/2010 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE)), (Nr. 56/2010)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik San Marino zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 58/2010)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Grossherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 59/2010)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 147/2009 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2004/113/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen), (Nr. 62/2010)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag, LGBl. 2010 Nr. 101
Die Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag werden zur Kenntnis genommen.
– Abänderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof und anderen Internationalen Gerichten (ZIGG), (Nr. 60/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Offenlegungsgesetzes (Nr. 64/2010); 1. und 2. / 3. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln sowie den Umgang mit menschlichen Geweben und Zellen im Europäischen Wirtschaftsraum (Nr. 66/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gewerbegesetzes (GewG) zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie Erleichterungen für Gewerbetreibende (Gewerbepaket 2010), (Nr.68/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Ärzte-, Gesundheits- und Krankenversicherungsgesetzes (Ärzte- und Gesundheitsberufegesellschaften), (Nr. 74/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 22. / 23. / 24. September 2010

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 22./23./24. September 2010
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 26. Mai 2010
Das Protokoll wird genehmigt.
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 8. Juni 2010
Das Protokoll wird genehmigt.
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 29./30. Juni / 1. Juli 2010
Das Protokoll wird genehmigt.
– Petition betreffend die betriebliche Personalvorsorge vom 13. Juli 2010, überreicht von Herrn Sven Winkler, 9490 Vaduz
Die Petition wird behandelt. Die Regierung wird aufgefordert, die Petition bezüglich der sozialversicherungsrechtlichen Auswirkungen umfassend zu prüfen und Bericht darüber zu erstatten.
– Postulat zur Spitalpolitik der Abgeordneten Jürgen Beck, Diana Hilti und Harry Quaderer vom 16. August 2010
Einer Überweisung an die Regierung wird nicht zugestimmt.
– Anfrage des Abg. Günther Kranz:
  – Telecom Liechtenstein AG
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  – China und Liechtenstein
  – Dampflokomotive 77.250
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – China-Reise der liechtensteinischen Delegation
  – Agenda 2020
  – Ausgaben Liechtensteins für die Entwicklungszusammenarbeit
– Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  – IWF und Weltbank
  – Wasservergabe im Hallenbad Eschen
– Anfrage des Abg. Werner Kranz:
  – Anerkennung der LBA-Fahrscheine
– Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
  – Geldspielgesetz
– Wahl eines Richters sowie eines Ersatzrichters des Staatsgerichtshofes
Richter: Lic.iur. Marzell Beck, Pradafant 1, 9490 Vaduz; Ersatzrichter: Lic.iur. Markus Wille, Mariahilf 34, 9496 Balzers.
– Wahl der beiden Stellvertreter des Präsidenten des Obergerichtes
Erster Stellvertreter: Dr. Lothar Hagen, Forststrasse 77, 6890 Lustenau; Zweiter Stellvertreter: Lic.iur. Uwe Öhri, Rosenstrasse 54, 9493 Mauren.
– Wahl eines Stellvertreters eines Senatsvorsitzenden des Obergerichtes
Stellvertreter: Dr. Gerhard Mislik, Blütenweg 14, 6800 Feldkirch.
– Wahl eines Stellvertreters des Landgerichtspräsidenten

Stellvertreter: Dr. Wilhelm Ungerank, Badäl 225, 9497 Gamprin-Bendern.

– Wahl eines Landrichters
Landrichter: Mag. Stefan Rosenberger, [redacted].

– Abänderung des Gesetzes über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften (WPRG) sowie weiterer Gesetze (Umsetzung der Richtlinie 2006/43/EG vom 17. Mai 2006 – Abschlussprüfer-Richtlinie), (Nr. 78/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

– Schaffung eines Ausserstreitgesetzes (samt Begleitgesetze: ZPO, JN, ABGB, PGR, EheG, SR, RechtspflegerG, RSO und GGG (Nr. 79/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

– Beschluss Nr. 37/2010 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Änderung der Richtlinien 77/91/EWG, 78/855/EWG und 82/891/EWG des Rates sowie der Richtlinie 2005/56/EG hinsichtlich der Berichts- und Dokumentationspflicht bei Verschmelzungen und Spaltungen), (Nr. 81/2010)
Dem Beschluss wird zugestimmt.

– Beteiligung des Fürstentums Liechtenstein am EWR-Finanzierungsmechanismus für die Jahre 2009 – 2014 (Nr. 90/2010)
Der Beteiligung wird zugestimmt.

– Beschluss Nr. 50/2010 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 zur Änderung der Richtlinie 98/26/EG über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- und Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen und der Richtlinie 2002/47/EG über Finanzsicherheiten im Hinblick auf verbundene Systeme und Kreditforderungen), (Nr. 84/2010)
Dem Beschluss wird zugestimmt.

– Beschluss Nr. 54/2010 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen), (Nr. 87/2010)
Dem Beschluss wird zugestimmt.

– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (III/2010), (Nr. 91/2010)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.

– Schaffung eines Tierschutzgesetzes, Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden und Abänderung der Strafprozessordnung (Nr. 31/2010); [1. Lesung: 22./23. April 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 94/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

– Totalrevision des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz; SteG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 48/2010); [1. Lesung: 8. Juni 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 83/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

– Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln sowie den Umgang mit menschlichen Geweben und Zellen im Europäischen Wirtschaftsraum (Nr. 66/2010); [1. Lesung: 1. Juli 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 93/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

– Abänderung des Gewerbegesetzes (GewG) zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie Erleichterungen für Gewerbetreibende (Gewerbepaket 2010), (Nr.68/2010); [1. Lesung: 1. Juli 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 86/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

– Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Polizeigesetz; PolG), (Nr. 61/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.

– Schaffung eines Gesetzes über den Umgang mit genetisch veränderten, pathogenen oder gebietsfremden Organismen (Organismengesetz; OrgG), (Nr. 67/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

– Schaffung eines Gesetzes über die Erbringung von Dienstleistungen (Dienstleistungsgesetz) und die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 70/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

– Abänderung des Gesetzes über die Hochschule Liechtenstein (Nr. 82/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.

– Abänderung des Gewässerschutzgesetzes (Nr. 85/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.

– Totalrevision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosenversicherungsgesetz; ALVG), (Nr. 88/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

– Schaffung eines Geoinformationsgesetzes (GeoIG), (Nr. 89/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.

– Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 92/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.

– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 20. / 21. Oktober 2010

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 20./21. Oktober 2010

– Postulat zur künftigen Raumentwicklung und Zen-

trumsgestaltung von Schaanwald und Nendeln der Abgeordneten Christian Batliner, Manfred Batliner, Doris Frommelt, Renate Wohlwend, Johannes Kaiser, Elmar Kindle, Albert Frick, Peter Lampert und Rainer Gopp vom 29. September 2010
Der Überweisung des Postulats wird nicht zugestimmt.

– Postulatsbeantwortung betreffend ein Konzept zur Förderung von Wissenschaft und Forschung (Nr. 101/2010)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen. Das Postulat vom 22. Oktober 2009 wird abgeschrieben.
– Interpellationsbeantwortung betreffend die Verkehrspolitik der Regierung (Nr. 103/2010)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
– Entschädigung der Präsidentin der Datenschutzkommission (Schreiben der Regierung vom 21. September 2010, RA 2010/1975-1778)
Der Entschädigung der Präsidentin der Datenschutzkommission wird zugestimmt.
– Anfragen der Abg. Diana Hilti:
  – Langzeitpflege bei LAK und im Landesspital
  – Palliativmedizin im Landesspital
  – Strategie 2020 des Landesspitals
– Anfrage des Stv. Abg. Hubert Lampert:
  – Torinsel Ortseinfahrt Ziel Mauren
– Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  – Teleshopping
  – Analyse Spitalpolitik
  – Bürokratie und Personalbestand der FMA
– Anfrage des Abg. Peter Hilti:
  – Konzessionsvergaben Casino in Liechtenstein
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Bruttoleistungen OKP an Ärzte mit Sitz in Liechtenstein
  – stationäre und ambulante Spitalkosten im Kanton Appenzell Innerrhoden
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Lärmschutzverordnung
  – Ortsplanung Mauren
  – Verein Agglomeration Werdenberg-Liechtenstein
– Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
  – Industrieanbindung Vaduz–Triesen
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (IV/2010), (Nr. 109/2010)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden genehmigt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
– Anpassung der Verfassung im Rahmen der Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes (Nr. 97/2010); 1. u. 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und einhellig verabschiedet.
– Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes sowie Anpassung des Volksrechtegesetzes (Nr. 121/2008); [1. Lesung: 21.11.2008] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 96/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes über die Erbringung von Dienstleistungen (Dienstleistungsgesetz) und die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 70/2010); [1. Lesung: 23. September 2010]; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung zur Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von juristischen Personen (Nr. 52/2010); [1. Lesung: 26. Mai 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 104/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Ärzte-, Gesundheits- und Krankenversicherungsgesetzes (Ärzte- und Gesundheitsberufegesellschaften), (Nr. 74/2010); [1. Lesung: 1. Juli 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 102/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Polizeigesetz; PolG), (Nr. 61/2010); [1. Lesung: 23. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 108/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Beschluss Nr. 71/2010 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/131/EG zur Änderung von Anhang VII der Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems), (Nr. 95/2010)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Abkommen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen (Nr. 99/2010)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Vereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat betreffend die Zusammenarbeit im Bereich des Strahlenschutzes vom 14. September 2010 sowie betreffend die Schaffung eines neuen Strahlenschutzgesetzes (Nr. 100/2010); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Staatsanwaltschaftsgesetzes (StAG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 98/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Rechtshilfegesetzes (RHG), (Nr. 105/2010); 1. u. 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.

– Abänderung des Amtshaftungsgesetzes (Nr. 106/2010); 1. u. 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes zum Vertrag zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile (LGBl. 2006 Nr. 72), (Nr. 107/2010); 1. u. 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 24. / 25. / 26. November 2010

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 24./25./26. November 2010
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 22./23./24. September 2010
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Petition betreffend «Solidarisches Liechtenstein» der ehemaligen und aktuellen Fachkräfte und PraktikantInnen des LED im Ausland vom 28. Oktober 2010
  Für die Petition wird im Sinne von Art. 42 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Landtag eine andere Massnahme beschlossen.
– Petition «Wir wollen solidarisch sein», initiiert vom Verein Welt und Heimat, Verein Offene Kirche Liechtenstein, Demokratiebewegung in Liechtenstein, WIR TEILEN – Fastenopfer Liechtenstein
  Das Anliegen der Petition wird im Rahmen der Behandlung der Petition «Solidarisches Liechtenstein» abgehandelt.
– Postulat über die häusliche Betreuung und Pflege der Abgeordneten Doris Frommelt, Renate Wohlwend, Rainer Gopp, Manfred Batliner, Peter Lampert, Elmar Kindle, Christian Batliner, Gerold Büchel, Johannes Kaiser und Albert Frick vom 25. Oktober 2010
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
– Interpellation betreffend die Regierungskommunikation der Abgeordneten Albert Frick, Christian Batliner, Doris Frommelt, Renate Wohlwend, Gerold Büchel, Peter Lampert, Rainer Gopp, Manfred Batliner, Johannes Kaiser und Elmar Kindle vom 25. Oktober 2010
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Stellungnahme der Initianten zur Initiative zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes vom 25. Oktober 2010; 2. Lesung
  Die Stellungnahme der Initianten wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl eines Landrichters (Schreiben Richterauswahlgremiums vom 29. Oktober 2010)
  Landrichter: Dr. Hermann Schöpf, Brennerstrasse 5f, 6020 Innsbruck.
– Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl eines Ad-hoc Richters für den Staatsgerichtshof (Schreiben Richterauswahlgremiums vom 12. November 2010)
  Ad-hoc Richter: Lic.iur. Daniel Tschikof, Landstrasse 99, 9494 Schaan.
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  – Mietwohnungen oder Einlegerwohnungen im Landwirtschaftsgebiet
  – Kaiserliches Plagiat
  – Schaaner Dampflok
– Anfrage des Abg. Peter Lampert:
  – Flugblatt mit dem Titel «Nationaler Sozialismus»
– Anfragen der Stv. Abg. Helen Konzett Bargetze:
  – kontrollierte Zuwanderung
  – hängige Asylgesuche
– Anfragen des Abg. Thomas Vogt:
  – Verwaltungsgebäude Äule Nr. 38
  – Mobilfunkversorgung im Alpengebiet
– Anfrage des Abg. Werner Kranz:
  – S-Bahn
– Anfragen des Abg. Peter Hilti:
  – Chinareise die Zweite
  – Haus Äule Nr. 38
– Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  – Kulturstiftung und Interessenskonflikt
  – Funktion des FMA-Vorsitzenden
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Teilrevision des Arzttarifs
  – stationäre und ambulante Spitalbruttokosten in der Schweiz
– Anfragen des Abg. Christian Batliner:
  – Verhandlungen mit Deutschland
  – Erledigung von Straffällen und Diversion
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (V/2010), (Nr. 125/2010)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden genehmigt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
– Totalrevision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosenversicherungsgesetz; ALVG), (Nr. 88/2010); [1. Lesung: 24. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 118/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Mittelfristige Planung staatlicher Hochbauten und Anlagen (Hochbautenbericht 2010), (Nr. 114/2010)
  Der Hochbautenbericht 2010 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
– Bau und die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Liechtenstein für das Jahr 2011 (Verkehrsinfrastrukturbericht 2011), (Nr. 121/2010)
  Dem Verkehrsinfrastrukturbericht 2011 wird zugestimmt. Der Finanzbeschluss wird genehmigt.
– Finanzplanung 2011 bis 2015, (Nr. 126/2010)
  Der Bericht zur Finanzplanung 2011 bis 2015 wird zur Kenntnis genommen.
– Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2011, (Nr. 117/2010)

Der Landesvoranschlag für das Jahr 2011 wird inkl. Nachträge genehmigt. Dem Antrag der Regierung wird zugestimmt. Das Finanzgesetz für das Jahr 2011 wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.

– Bestand und Bedarf an Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtag (Stellenplan 2010/2011), (Nr. 122/2010)
  Dem Antrag der Regierung wird zugestimmt. Gegenüber dem Stellenplan 2009/2010 bleibt die Zahl der ständigen Stellen mit diesem Beschluss unverändert auf 839.85. Die Ausgleichsstellen bleiben ebenfalls unverändert auf 25.10 Stellen.
– Schaffung eines Gesetzes über die Telecom Liechtenstein (TLIG), (Nr. 104/2009); [1. Lesung: 17. Dezember 2009] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 119/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes über den Umgang mit genetisch veränderten, pathogenen oder gebietsfremden Organismen (Organismengesetz; OrgG), (Nr. 67/2010); [1. Lesung: 23. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 116/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften (WPRG) sowie weiterer Gesetze (Umsetzung der Richtlinie 2006/43/EG vom 17. Mai 2006 – Abschlussprüfer-Richtlinie), (Nr. 78/2010); [1. Lesung: 22. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 111/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Ausserstreitgesetzes (samt Begleitgesetze: ZPO, JN, ABGB, PGR, EheG, SR, RechtspflegerG, RSO und GGG (Nr. 79/2010); [1. Lesung: 22. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 113/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Hochschule Liechtenstein (Nr. 82/2010); [1. Lesung: 23. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 115/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 92/2010); [1. Lesung: 24. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 124/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Ausländer (Ausländergesetz; AuG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Personenfreizügigkeitsgesetz; PFZG und Bürgerrechtsgesetz; BüG), (Nr. 110/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Gesetzes vom 2. Juli 1974 über das Strafregister und die Tilgung gerichtlicher Verurteilungen sowie des Strafvollzugsgesetzes (Nr. 112/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Totalrevision des Eisenbahngesetzes (Nr. 120/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Finalitätsgesetzes und des Sachenrechts, (Nr. 127/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMAG) und des Sorgfaltspflichtgesetzes (SPG), (Nr. 123/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 15. / 16. Dezember 2010

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 15./16. Dezember 2010
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 20./21. Oktober 2010
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Interpellation betreffend Beitritt Liechtensteins zum Internationalen Währungsfonds IWF und zur Weltbankgruppe der Abgeordneten Johannes Kaiser, Albert Frick, Gerold Büchel, Elmar Kindle, Peter Lampert, Doris Frommelt, Renate Wohlwend, Wendelin Lampert, Manfred Batliner, Rainer Gopp vom 22. November 2010
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Liste über den Stand der Bearbeitung von Motionen, Postulaten und Interpellationen (Schreiben der Regierung vom 7. Dezember 2010)
  Die Liste wird zur Kenntnis genommen.
– Ersatzwahl für die Beschwerdekommission (Schreiben von Herrn Lic.iur. Christian Ritter vom 26. Oktober 2010)
  Lic.iur. Rolf Feger, Am Irkales 7, FL-9490 Vaduz.
– Wahl eines Mitglieds OSZE Parlamentarierdelegation infolge Rücktritts (Rücktrittsschreiben von Frau Doris Beck vom 21. November 2010)
– Mitglied: Stellv. Abgeordnete Marion Kindle-Kühnis, Meierhofstr. 126 G, 9495 Triesen.
– Wahl des Landgerichtspräsidenten (Schreiben Richterauswahlgremium vom 3. Dezember 2010)
  Landgerichtspräsident: Dr. Paul Meier, Landrichter, Wiesengasse 15, 9494 Schaan.
– Wahl eines Ad-hoc-Richters des Obersten Gerichtshofes (Schreiben Richterauswahlgremium vom 3. Dezember 2010)
  Ad-hoc-Richter: Dr. Helmut Neudorfer, Schanzweg 4 c, A-6800 Feldkirch.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (VI/2010), (Nr. 137/2010)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden genehmigt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.

– Verpflichtungskredit zur Klimaanschubfinanzierung im Rahmen der Umsetzung des «Copenhagen Accords» (Nr. 135/2010)
  Der Verpflichtungskredit zur Klimaanschubfinanzierung wird genehmigt.
– Beteiligung des Fürstentums Liechtenstein an der zweiten Kapitalerhöhung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung EBWE (Nr. 128/2010)
  Die Beteiligung wird genehmigt.
– Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMAG) und des Sorgfaltspflichtgesetzes (SPG), (Nr. 123/2010), [1. Lesung: 26. November 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 141/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof und anderen Internationalen Gerichten (ZIGG), (Nr. 60/2010); [1. Lesung: 30. Juni 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 140/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gewässerschutzgesetzes (Nr. 85/2010); [1. Lesung: 24. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 134/2010); 2. Lesung
– Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
  – MRI-Untersuchungen
– Anfrage des Abg. Peter Lampert:
  – Gewässerschutz
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Gesundheitskosten in Liechtenstein im Jahr 2010
  – Tarifsystem Tarmed
– Anfrage des Abg. Peter Büchel:
  – Strassenbau
– Anfrage des Abg. Gerold Büchel:
  – Standardprüfungen
– Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  – Wahlrecht für Ausland-Liechtensteiner
  – Angebot an Pflegeplätzen und LAK-Satellit in Mauren
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Änderung des Gewässerschutzgesetzes
  – 62. Jahrestag der Allgemeinerklärung der Menschenrechte
– Anfrage des Abg. Werner Kranz:
  – Eisenbahnverkehr
– Anfrage des Abg. Albert Frick:
  – Steuerinformationsabkommen
– Anfrage der Abg. Doris Frommelt:
  – Museum der Hilti art foundation
– Anfrage des Abg. Christian Batliner:
  – Steuerinformationsabkommen
– Schaffung eines Geoinformationsgesetzes (GeoIG), (Nr. 89/2010); [1. Lesung: 24. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 136/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Staatsanwaltschaftsgesetzes (StAG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 98/2010); [1. Lesung: 21. Oktober 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 131/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Beschluss Nr. 085/2010 des gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/27/EG der Kommission vom 7. April 2009 zur Änderung bestimmter Anhänge der Richtlinie 2006/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich technischer Vorschriften für das Risikomanagement; Richtlinie 2009/83/EG der Kommission vom 27. Juli 2009 zur Änderung bestimmter Anhänge der Richtlinie 2006/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates mit technischen Bestimmungen über das Risikomanagement; Richtlinie 2009/111/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Abänderung der Richtlinien 2006/48/EG, 2006/49/EG und 2007/64/EG hinsichtlich Zentralorganisationen zugeordneter Banken, bestimmter Eigenmittelbestandteile, Grosskredite, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement; Richtlinie 2010/__/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom___.xxx 2010 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG im Hinblick auf die Eigenkapital-Anforderungen für Handelsbuch und Weiterverbriefungen und im Hinblick auf die aufsichtliche Überprüfung der Vergütungspolitik, KOM (2009)0362 vom 7. Juli 2010;), (Nr. 129/2010)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
  Anpassung des Faktors (K) zur Festlegung des Mindestfinanzbedarfs für die Finanzausgleichsperiode 2012 bis 2015 (Nr. 138/2010)
– Die Festlegung der Anpassung wird im Rahmen des von der Regierung vorzulegenden Gesamtpakets beschlossen.
– Schaffung eines Gesetzes über Patientenverfügungen (Patientenverfügungsgesetz – PATVG), (Nr. 130/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Schaffung eines Gesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz; PartG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze, (Nr. 139/2010); 1. Lesung
– Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gleichstellungsgesetzes (GLG), des Arbeitsvertragrechts (ABGB) sowie des Vermittleramtsgesetzes (VAG) (Umsetzung der Richtlinien 2006/54/EG und 2004/113/EG, (Nr. 132/2010); 1. Lesung
– Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Gesetz über die e-Geldinstitute (e-Geldgesetz), die Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes, des Bankengesetzes, des Gesetzes über die Vermittlerämter, des Gesetzes über die Finanzmarktaufsicht, des Zahlungsdienstgesetzes sowie des Gewerbegesetzes, (Nr. 133/2010); 1. Lesung
– Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

– Wahl des Landesausschusses
– Neben dem gemäss Verfassung dem Landesausschuss vorstehenden Landtagspräsidenten Arthur Brunhart werden gewählt:
– Abg. Peter Hilti
– Abg. Elmar Kindle
– Abg. Günther Kranz
Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend.
– Kleine Anfragen Beantwortung
– Schliessung des Landtags

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Per 1. Januar 2010 ist das neue Gesetz über die Finanzkontrolle (Finanzkontrollgesetz) in Kraft getreten. Nach jahrelangen Vorberatungen sind mit einer eigenen gesetzlichen Grundlage für die Finanzkontrolle deren Unabhängigkeit gestärkt und die Anforderungen an eine moderne Finanzaufsicht umgesetzt worden.

Die Finanzkontrolle als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht, welche den Landtag und die Regierung in ihren Aufsichtsfunktionen unterstützt, ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushalts. Hauptbereiche der Tätigkeit der dem Landtag zugeordneten Finanzkontrolle sind die Prüfung der Landesrechnung, interne und externe Revisionen im Rahmen der Umsetzung des jährlichen Revisionsprogramms, die Ausübung der internen Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Organisation

Zur Umsetzung des Finanzkontrollgesetzes hat der Landtag in seiner November-Sitzung 2009 zwei zusätzliche Stellen in der neu dem Landtag zugeordneten Finanzkontrolle geschaffen, wodurch sich der seit ihrer Verselbständigung am 1. Januar 2004 unveränderte Personalbestand in der Finanzkontrolle von 2.4 auf 4.4 Stellen erhöhte. Ursprünglich geplant war die Aufstockung des Personalbestandes auf 6 Stellen. In Anbetracht der Finanzlage des Staates ist die Schaffung der weiteren Stellen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben und der Prüfungsumfang gegenüber der ursprünglichen Planung entsprechend reduziert worden.

Die neuen Stellen konnten im Verlaufe des Jahres 2010 mit qualifizierten Personen besetzt werden.

Gesetzlicher Auftrag

Gemäss dem am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Finanzkontrollgesetz unterstützt die Finanzkontrolle als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht sowohl den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Ausübung ihrer verfassungsmässigen Finanzkompetenzen sowie ihrer Oberaufsicht über das öffentliche Finanzgebaren und die öffentliche Rechnungslegung als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion.

Die Aufgaben der Finanzkontrolle beinhalten die Prüfung der Landesrechnung, die Prüfung des Finanzgebarens und der Rechnungslegung von staatlichen Stellen, die Prüfung von staatlichen Finanzhilfen und Abgeltungen, die Prüfung des öffentlichen Beschaffungswesens, die Prüfung der internen Kontrollsysteme auf ihre Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit sowie die Prüfung von IT-Systemen hinsichtlich ihrer Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Funktionalität.

Die Finanzkontrolle ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit nur dem Recht verpflichtet.

Die Aufsicht wird von der Finanzkontrolle nach den Kriterien der Ordnungsmässigkeit, Rechtmässigkeit und Wirtschaftlichkeit ausgeübt.

Umsetzung des Prüfauftrages

Revisionsprogramm
Das jährliche Revisionsprogramm wird von der Finanzkontrolle festgelegt und nach der Anhörung in der Geschäftsprüfungskommission der Regierung zur Kenntnis gebracht. Das Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wurde, bildet die Basis für die durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, staatliche Stellen, selbständige und unselbständige öffentlichrechtliche Stiftungen und Anstalten, interne Kontrollsysteme etc. Aufgrund von Konkordatsvereinbarungen in Zusammenhang mit Bildungs- und Sozialinstitutionen in der Schweiz nimmt die Finanzkontrolle auch dort Revisionsstellenmandate wahr. Als Revisionsorgan prüft sie die Mittelverwendung im Rahmen von EU-Programmen, welche im Inland stattfinden. Im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission und der Regierung führt die Finanzkontrolle zudem immer wieder Sonderaufträge durch.

Informatik-Revisionen
Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden, unter der Leitung der Finanzkontrolle, einer Informatik-Revision durch spezialisierte externe IT-Prüfungsgesellschaften unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung, die technische Umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird.

Interne Finanzaufsicht
Im Bereich der internen Finanzaufsicht prüft die Finanzkontrolle Ausgaben hinsichtlich ihrer Rechtmässigkeit, Ordnungsmässigkeit und Wirtschaftlichkeit, verifiziert Bauabrechnungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Dienststellen, Stiftungen und Schulen.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags besteht eine intensive und wirkungsvolle Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle nimmt an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission teil und informiert direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Die jeweiligen Prüfungsergebnisse und notwendige Massnahmen werden in den Sitzungen der Kommission zusammen mit der Regierung diskutiert und die weitere Vorgehensweise festgelegt.

Mitgliedschaften

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Im Rahmen dieser Mitgliedschaften werden Erfahrungen über Prüfungsansätze und Prüfungsmethoden ausgetauscht sowie Entwicklungen im öffentlichen Revisionsbereich mitgestaltet.

Datenschutzstelle

Leiter: Dr. Philipp Mittelberger

Die Arbeit der Datenschutzstelle (DSS) umfasst die Schwerpunkte Information, Beratung und Aufsicht. Nachdem im Vorjahr so viele Anfragen wie noch nie eingegangen waren, konnte im Berichtsjahr eine neue Höchstzahl verzeichnet werden. Neben der Beratung war auch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit wieder zentral.

Beratung privater Personen und Behörden

Die Beratung privater Personen und Behörden ist eine Kernaufgabe. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 523 Anfragen ein, so viele Anfragen wie nie zuvor. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, stammen die meisten Anfragen nach wie vor von der Landesverwaltung. Bei den Sachgebieten standen allgemeine Datenschutzthemen gefolgt von Gesetzesvorhaben sowie der Geltendmachung gesetzlicher Rechte im Vordergrund.

	Anwaltsbüros	Gemeinden	Industrie, Gewerbe, Dienstleistung	Internationales	Landesverwaltung und Behörden	Medien	Privatpersonen	Vereine, Verbände
Datenschutz allgemein	14	3	16	14	55	14	22	34
Arbeitsbereich			9		1	6	1	1
Datenbekanntgabe Inland	1	6	1		22		11	3
Datenbekanntgabe Auslandsbezug	6		10	2	11	5	1	9
Geltendmachung gesetzlicher Rechte	2		4		7		32	5
Gesetzesvorhaben				3	51	1		
Gesundheit/Soziales			1		4		1	1
Polizei/Sicherheit			1		6	14	6	1
Register der Datensammlungen	2	1	13	12	2			
Technologischer Datenschutz	1		9		11	5	9	4
Telekommunikation	3		6		2	2	1	1
Wirtschaft/Finanzen	8		6		2		1	4
Gesamtergebnis	**37**	**10**	**76**	**31**	**174**	**47**	**85**	**63**

Stellungnahmen zu Vorlagen und Erlassen

Im Berichtsjahr gab die Datenschutzstelle 26 Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben in verschiedenen Stadien des Gesetzgebungsverfahrens ab. Als Querschnittsmaterie sind sämtliche Gesetzesprojekte auch hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Relevanz zu überprüfen. Als Beispiele sind die Schaffung eines Gesetzes über die Durchführung der internationalen Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz; StEHG), das Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALVG), die Schaffung eines Gesetzes über die Staatsanwaltschaft, die Abänderung des Gesetzes über die Ausländer (Ausländergesetz; AUG), die Totalrevision des Flüchtlingsgesetzes, die Revision des Gewerbegesetzes (Umsetzung Berufsqualifikationsrichtlinie), die Totalrevision des E-Geldgesetzes und des Gesetzes über den Konsumkredit zu nennen. Weiters konnte die DSS bei der Schaffung eines Gesetzes über das zentrale Personenregister (ZPRG) mitarbeiten. Auch wurden in Bezug auf den bevorstehenden Schengenbeitritt zu Gesetzesvorhaben und Gesetzesänderungen Stellungnahmen abgegeben. Als Beispiele hierfür sind die Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems und des SIRENE-Büros (N-SIS-Verordnung) sowie die Verordnung über die Informationssysteme bei der Landespolizei (PolISV) zu nennen.

Bewilligungen von Videoüberwachungsanlagen

Mit dem revidierten Datenschutzgesetz wurde 2009 eine Genehmigungspflicht für Videoüberwachungsanlagen im öffentlich zugänglichen Raum eingeführt. Im Berichtsjahr gingen acht Neuanträge bei der DSS ein. 23 Bewilligungen wurden erteilt. Ein Antrag wurde abgelehnt. Vier Bewilligungen wurden bei der Datenschutzkommission angefochten.

Genehmigung von Datentransfers in Drittländer

Weiters wurde 2009 eine Genehmigungspflicht von Standardvertragsklauseln und verbindlichen unternehmensinternen Datenschutzregelungen (Binding Corporate Rules, BCR) eingeführt, die Datentransfers in Drittländer regeln. Betreffend die Genehmigung von BCR gab es im Jahr 2010 nur einen Antrag, der nach einer Prüfung an das Ressort Justiz zu einer möglichen Genehmigung weiter geleitet wurde. Das Genehmigungsverfahren war 2010 noch nicht abgeschlossen. Ausserdem ging eine Informationsmeldung über die Verwendung von Standardvertragsklauseln bei der DSS ein, die aber gemäss Art. 6 Abs. 5 DSV keiner Genehmigungspflicht unterliegen.

Aufsicht

Die Unterscheidung zwischen der Beratung und der Aufsicht ist oft fliessend. Es ist deshalb schwierig, konkrete Zahlenangaben zu machen, zumal auch nicht alle Fälle bis Jahresende abgeschlossen werden konnten. Nennenswert ist aber immerhin Folgendes:

Im Rahmen der letzten Revision des Kommunikationsgesetzes wurde die DSS durch den Gesetzgeber beauftragt, im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung Kontrollen bei den entsprechenden Unternehmen durchzuführen (Art. 52b). Es wurden erste Vorbereitungen zur Durchführung einer solchen Kontrolle getroffen.

Speziell zu nennen ist weiters eine Meldung der Regierung zur Klärung des Sachverhalts nach Art. 30 DSG zu den Plänen von Google Inc., auch Strassenansichten in Liechtenstein für den Dienst «Street View» zu erfassen. Die DSS war mit Google in einem sehr intensiven Kontakt und konnte sich auf zahlreiche sehr nützliche Informationen anderer Datenschutzbehörden aus dem EWR und der Schweiz stützen. Nach Kenntnis der DSS wurden bis Ende des Berichtsjahres keine Strassenansichten für den Dienst Google Street View in Liechtenstein aufgenommen.

Führung des Registers der Datensammlungen

Beim Register der Datensammlungen gab es kaum Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Immerhin konnte die technische Neulösung zur Vereinfachung der Pflege des Registers abgeschlossen werden. Zu Jahresende waren 542 Datensammlungen im Register registriert. Das Ressort Justiz wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Anmeldepflichten zum Register teils angepasst werden sollten; insbesondere wurde vorgeschlagen, die Anmeldepflicht vor allem auf grosse Unternehmen zu fokussieren und damit kleinere Unternehmen administrativ zu entlasten.

Mitarbeit in Arbeitsgruppen

Die DSS arbeitete im Berichtsjahr bei folgenden Arbeitsgruppen mit: Elektronisches Gesundheitsnetz, Zentrale Personenverwaltung, Statistik (nationale Wissensbasis zu Gleichstellungsdaten), Krebsregister, Terrorist Information Sharing Agreement und Operative Umsetzung Schengen/Dublin. Da die DSS keine der genannten Gruppen geleitet hat, wird auf die Beschreibung der Inhalte verzichtet.

Internationale Arbeitsgruppen

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Datenschutzbehörden ist sehr wichtig, da sich angesichts einer globalisierten Welt und der rasanten technischen Entwicklungen etliche Probleme mit internationalen Aspekten stellen. In verschiedenen Gremien wurden unter ande-

rem folgende, auch für Liechtenstein wichtige, Themen diskutiert:

Bereits im Vorjahr zeichnete sich eine mögliche Revision der Datenschutzrichtlinie ab. Die Artikel-29-Arbeitsgruppe beschäftigte sich im Berichtsjahr mit der Auslegung verschiedener Bestandsteile der Richtlinie. Eigentliche Kernthemen waren unter anderem die Anforderungen an «Google Street View» festzulegen sowie der Abschluss einer harmonisierten Kontrolle zur Vorratsdatenspeicherung von Verkehrsdaten im Telekommunikationsbereich. Im Beratenden Ausschuss des Europarates wurden die Arbeiten an einer Empfehlung zum Thema «Profiling» abgeschlossen. Die DSS nahm als Beobachter an Sitzungen der Working Party on Police and Justice, des Gemeinsamen Kontrollausschusses Schengen sowie der Eurodac Supervision Coordination Group teil. Die beiden letztgenannten Gremien koordinieren Kontrollen, an denen sich die DSS nach dem Beitritt Liechtensteins zu den Abkommen von Schengen und Dublin beteiligen wird. In der International Working Group on Data Protection in Telecommunications (IWGDPT) wurde das Arbeitspapier «Mobile Verarbeitung personenbezogener Daten und Datensicherheit» angenommen, welches durch die DSS initiiert und massgeblich mit gestaltet wurde.

Öffentlichkeitsarbeit

Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Datenschutz gehören ebenfalls zu den zentralen Aufgaben der DSS. Wesentliche Plattform zur Information der Öffentlichkeit stellt die Internetseite dar, auf der regelmässig und kostengünstig über ein aktuelles Thema berichtet wird. Davon sind vor allem die Folgenden stichwortartig zu nennen: Bericht der Artikel-29-Arbeitsgruppe über die Vorratsdatenspeicherung von Verkehrsdaten und ein Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts zum selben Thema; Google Street View; mobile Bearbeitung personenbezogener Daten. Die DSS ist auch auf Facebook präsent. Schliesslich wurden Richtlinien zum Datenschutz am Arbeitsplatz erlassen. Die Anzahl der Zugriffe auf die Internetseite während des Berichtsjahres betrug 56'482, bei 8'961 unterschiedlichen Besuchern.

Die DSS trägt ihren Beitrag im Rahmen des Präventionsprojektes «Gateway - Abenteuer Neue Medien» des Amtes für Soziale Dienste (ASD) bei; im Berichtsjahr vor allem anlässlich der Kick-Off Veranstaltung sowie der LIHGA, an der das ASD mit einem Stand vertreten war.

Veranstaltung anlässlich des Europäischen Datenschutztages

Der Europäische Datenschutztag dient der Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu Themen, welche die breite Öffentlichkeit betreffen. Anlässlich des 4. Europäischen Datenschutztages fand wiederum in Zusammenarbeit mit der Hochschule eine öffentliche Veranstaltung statt. Thema war «Einblicke in die Welt von Google & Co: Von Informationsjägern und Datensammlern».

Schulungen

Die DSS führte im Berichtsjahr eine allgemeine Schulung für Mitarbeiter der Landesverwaltung durch. Eine weitere Schulung zum Thema «Spuren im Internet» fand ebenfalls in der Landesverwaltung, aber auch im Rahmen der Erwachsenenbildung und an einer Diskussion des Vereins Sicheres Liechtenstein statt. Schliesslich wurde im Rahmen des Moduls «Risk and Security Management» an der Hochschule informiert.

Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche

Ombudsfrau: Margot Sele

Eine Ombudsperson für Kinder und Jugendliche in Liechtenstein

Am 22. Oktober 2009 wählte der Landtag erstmals eine Ombudsperson für Kinder und Jugendliche in Liechtenstein. Zur Ombudsfrau wurde für eine Amtsdauer von vier Jahren Margot Sele, Vaduz, bestellt. Sie hat ihre Funktion am 1. Januar 2010 vorerst mit einem Auftragspensum von 40 Stellenprozenten aufgenommen.

Rechtsgrundlage

Mit der Ratifizierung der 1989 von der UNO verabschiedeten Kinderrechtskonvention (UNKRK) hat sich Liechtenstein 1995 verpflichtet, die Kinderrechte zu respektieren und umzusetzen.

Im neuen Kinder- und Jugendgesetz (KJG), welches am 1. Februar 2009 in Kraft getreten ist, wurde die Grundlage für die Funktion einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche geschaffen. Der Auftrag der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche ergibt sich aus dem Kinder- und Jugendgesetz (KJG), Art. 96 – 100.

Gesetzlicher Auftrag

Laut Kinder- und Jugendgesetz (KJG) hat die Ombudsperson folgende Aufgaben zu erfüllen:

Allgemein zugängliche Anlaufstelle
Die Ombudsstelle ist eine allgemein zugängliche, neutrale und kostenlose Anlaufstelle in allen Fragen und Anliegen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Es können sich Kinder und Jugendliche selber, aber auch Erwachsene an die Ombudsfrau wenden. Die Ombudsperson ist zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Vermittlungsfunktion
Wenn sich junge Menschen in ihren Rechten verletzt fühlen, können sie sich bei der Ombudsstelle beschweren. Die Ombudsperson hat bei Bedarf zwischen Kindern und Jugendlichen oder Erziehungsberechtigten einerseits und Gerichten, Landes- sowie Gemeindebehörden andererseits zu vermitteln. Auch Probleme mit öffentlichen und privaten Betreuungsorganisationen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Ombudsperson.

Monitoringfunktion
Die Ombudsperson überwacht die Umsetzung internationaler Übereinkommen, insbesondere das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UNKRK), hält Kontakt zu den regionalen und internationalen Kontrollorganen und berichtet diesen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Ombudsperson auch eigene Untersuchungen durchführen. Zudem wird sie im Interesse von Kindern und Jugendlichen bei Behörden und anderen Institutionen mit Eingaben oder Beschwerden vorstellig und hat Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht bei Gerichten, Landes- und Gemeindebehörden sowie privaten Einrichtungen und Organisationen (KJG Art. 98).

Weitere Aufgaben
Zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, die Kinder und Jugendliche in besonderem Masse berühren, nimmt die Ombudsperson im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung. Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Öffentlichkeitsarbeit, um einerseits auf die Ombudsstelle und deren Aufgaben aufmerksam zu machen und andererseits über die Kinderrechte und damit verbundenen Themen zu informieren. Die Ombudsperson verfasst jährlich einen Tätigkeitsbericht zu Handen des Landtags.

Umsetzung des gesetzlichen Auftrages im Jahr 2010

Aufbau einer Infrastruktur
In der ersten Jahreshälfte stand nebst der Bearbeitung erster Fälle der Aufbau der Ombudsstelle im Vordergrund. Es galt einen Namen zu finden, Medien-Verbindungen zu erstellen sowie Informationsunterlagen zu schaffen. Derzeit verfügt die Ombudsstelle noch nicht über eigene Büro-Räumlichkeiten. Unter ihrem Namen «OSKJ – Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche» ist die Ombudsstelle mittlerweile in Telefonverzeichnissen sowie im Internet (www.oskj.li) und auch bei Facebook präsent.

Öffentlichkeitsarbeit
In mehreren Zeitungsberichten wurde über die Schaffung der OSKJ informiert. Ein Schreiben an alle Erziehungsberechtigten von Schülern und Schülerinnen sowie Kindergartenkindern erläuterte ebenfalls die neu geschaffene Stelle und deren Aufgabenbereiche. Auf der Kinderseite einer liechtensteinischen Tageszeitung erschien eine Beitragsreihe der Ombudsfrau zu den Kinderrechten. Zudem wurde die Ombudsfrau von verschiedenen Organisationen eingeladen, die OSKJ vorzustellen. Am Tag der Kinderrechte, 20. November 2010, veröffentlichte die Ombudsfrau einen Artikel zum Thema Mobbing.

Kontakt / Austausch mit Institutionen und Organisationen in FL
Im Jahr 2010 suchte die Ombudsfrau den Kontakt zu und den Austausch mit den verschiedenen öffentlichen und privaten Einrichtungen und Organisationen, die mit Kinder- und Jugendarbeit oder Kinder- und Jugendthemen befasst sind. Der Austausch, der teils auf Initiative der OSKJ teils aber auch auf Einladung von verschiedenen Organisationen stattfand, ermöglichte es der Ombudsfrau, sich ein Bild vom vielfältigen Angebot zu machen, das in Liechtenstein Kindern und Jugendlichen zur Verfügung steht. Zudem konnte sie in Erfahrung bringen, welche Problemfelder die verschiedenen Institutionen beschäftigen und welche Projekte in Arbeit sind.

Kontakt mit Kindern und Jugendlichen
Von der Lagerleitung des jährlich stattfindenden Caritas-Kinderferienlagers in Malbun wurde die Ombudsfrau eingeladen, einen Workshop zum Thema Kinderrechte durchzuführen. Ein Besuch in einigen Primarschulklassen der PS Balzers und in je einer Sitzung der Klassensprecher der Weiterführenden Schulen in Eschen und Triesen ermöglichte auch einen ersten direkten Kontakt zu Kindern und Jugendlichen selbst. Die Kontakte zu Kindern und Jugendlichen sollen im Jahr 2011 ausgebaut werden.

Kontakt mit internationalen Kontrollorganen und Organisationen
Im Frühjahr 2010 traf sich die Ombudsfrau mit dem Kinder- und Jungendanwalt des Bundeslandes Vorarlberg zu einem informellen Gedanken- und Erfahrungsaustausch. Am Tag der Kinderrechte, 20.11.10, besuchte sie die Kinderkonferenz in Basel, welche jährlich von der Kinderlobby Schweiz organisiert wird. Daraus ergaben sich auch Kontakte zum Leiter des Kinderbüros in Bern. Ebenfalls im November 2010 nahm die Ombudsfrau an einer Tagung der UNICEF zum Thema «Vom Kinderschutz zum Kinderrechtsstaat: Stärken, schützen, fördern, durch eine umfassende Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention» in Zürich teil. Gemeinsam mit einer liechtensteinischen Delegation reiste sie vom 3. bis zum 5. November 2010 nach Wien, um am 2. Deutschsprachigen Jugendforum (EU-Programm «Jugend in Aktion») teilzunehmen.

Anlauf- und Beschwerdestelle
Im Berichtsjahr wurde die OSKJ in 28 Fällen kontaktiert. Es waren erwachsene Personen, die sich mit Anliegen und Beschwerden zu Kinder- und Jugendthemen an die OSKJ gewendet hatten. In einigen Fällen ergaben sich

daraus auch Kontakte und Gespräche mit den Kindern und Jugendlichen selbst. Der Zeitaufwand für die Bearbeitung der Fälle war unterschiedlich und erstreckte sich von einem Telefongespräch bis hin zu regelmässigen Kontakten über das ganze Jahr hinweg. Die Mehrheit der Fälle betraf die Regelung der Obsorge in Scheidungsfällen und Probleme im Zusammenhang mit der Schulsituation. Je nach Anliegen der einzelnen Personen hat die Ombudsfrau bei Behörden und Institutionen Auskünfte für die Rat suchenden Personen eingeholt oder sie an die entsprechenden Stellen weiterverwiesen, oder sie konnte zwischen den Ratsuchenden und den zuständigen Behörden vermitteln. Zudem wurden von der OSKJ in 3 Fällen Eingaben bei Gericht gemacht.

Stellungnahme zu Gesetzesvorlagen
Im Dezember 2010 erfolgte eine Stellungnahme der OSKJ zum Vernehmlassungsbericht betr. der Revision des Schulgesetzes zuhanden des Regierungsressorts Bildung.